„Bildung fängt bei den Kleinsten an. Kreativität und Wissensdurst unserer Kinder sind die Bausteine für die Zukunft. Wer bei der Förderung und Betreuung der Kleinsten den Rotstift ansetzt, konterkariert die Zukunftsinteressen unserer Gesellschaft und nicht zuletzt die Perspektiven der Kinder.“

(Jörg Steinhausen,
Landesgeschäftsführer des Paritätischen)

Landeshaushalt 2006

Die vorgenommene Kürzung um den in § 18 b GTK festgeschriebenen Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 2.238 EUR pro Gruppe gilt weiterhin (faktisch: **Kürzung der Sachkosten**).

Mit einer entsprechenden Änderung des § 17 GTK hat sich das Land von den Ausgleichszahlungen an Kommunen für entgangene Elternbeiträge zurückgezogen. Zahlreiche Kommunen haben daraufhin die neue Möglichkeit genutzt und die **Elternbeiträge** drastisch heraufgesetzt. Münster hat dies bisher noch nicht getan. Die Landesregierung hat mit diesem Schritt den Kindertagesstätten in NRW einen Jahresbetrag in Höhe von 84,4 Millionen EURO entzogen.

Obwohl die *Volksinitiative 2006* Anfang des Jahres ca. 250.000 Unterschriften gegen den skandalösen Umgang mit Kindern, Jugendlichen und Familien in NRW gesammelt hat, wurden keine Kürzungen zurück genommen.

Landeshaushalt 2007

Der § 18 b GTK und damit die Kürzungen der Betriebskosten um die bekannten Beträge sollen auch im Jahr 2007 fortgeschrieben werden.

Auch der § 17 GTK (Wegfall des Elternbeitragsdefizit-Ausgleichsverfahrens) bleibt erhalten. Hier ist zu erwarten, dass im Jahr 2007 in deutlich mehr Kommunen z. T. erhebliche Steigerungen der Elternbeiträge (bis zu 30 %) zusätzlich zu erwarten sind.

Die Stadt Münster kostet der Ausfall des Elternbeitragsdefizits ca. 1,1 Millionen EUR. Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien hat deshalb bereits angekündigt, im nächsten Jahr die Elternbeiträge wahrscheinlich erhöhen zu müssen.

GTK-„Novelle“

Die Landesregierung beabsichtigt, das aktuelle GTK durch ein neues „*Gesetz zur Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im Elementarbereich*“ zu ersetzen. Insofern ist der Begriff „Novelle“ irreführend.

Zur Zeit läuft unter der Moderation von Kienbaum & Partner der Versuch, bis zum 15.12. d. J. Eckpunkte für die zukünftige Finanzierung des Tageseinrichtungen zu entwickeln. An den Gesprächen sind die Trägerverbände (Freie Wohlfahrtspflege (auch der Paritätische), Kommunale Spitzenverbände, Kirchliche Büros) sowie das Ministerium beteiligt. Dies wurde kurz vor den Sommerferien miteinander vereinbart, wobei die Unterschrift unter diese **Vereinbarung** die Voraussetzung für die weitere Beteiligung am Moderationsprozess war. In einem **Begleitschreiben** wies die LAG der Wohlfahrtsverbände jedoch auf weitere notwendige und alternative Aspekte eines neuen Betreuungsgesetzes hin.

Mit der Einladung vom 02.10.2006 an einige Eltern-, Familien- und ErzieherInnenverbände, am 22.11.2006 "in einen ersten Dialog zur Reform des Rechts der Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege" einzutreten, erscheint verspätet, wenn auch damit in einem ersten Schritt nicht nur der Aufgabenstellung aus dem Koalitionsvertrag nachgekommen, sondern auch die selbstverständlich notwendige Einbeziehung von weiteren Beteiligten bei Entwicklungsprozessen nachgekommen wird.

Ziele:

Vorrangige Protagonisten der Veränderung der gesetzlichen Grundlagen sind ganz wesentlich die Kirchen, die vom Land insbesondere eine deutliche Entlastung beim Trägeranteil erwarten.

Zitat Marietheres Kastner (MdL), Münster und Vorsitzende des Fachausschusses "Kinder, Jugendliche und Familien" der Landesregierung: „Wir müssen den Kirchen helfen!“

Zweites Ziel sollte sein, die Finanzierungsmodalitäten übersichtlicher und einfacher zu gestalten. Damit scheint aber weniger gemeint zu sein, die Abrechnung für die Träger / ehrenamtlichen Kassenwarte einfacher zu gestalten, als vielmehr die Transparenz für den Finanzminister des Landes, der bei der Haushaltsaufstellung an der Zahl der Kinder festgemachte fixierte Beträge in den Landeshaushalt einstellen kann.

Inhalte:

Zahlreiche Aspekte sind nicht neu und müssten nicht zwangsläufig ein neues Gesetz zur Folge haben.

Der Ausbau der Plätze für Unterdreijährige soll gesetzlich normiert werden.

Problematisch sind allerdings Tendenzen, die Regelungen der Bildungsvereinbarung gesetzlich zu normieren sowie im Falle der verbindlichen Sprachförderung durch aufwändige und z. T. bürokratische Verfahren die Verschulung des Elementarbereichs zu betreiben.

Privat-gewerbliche Anbieter sollen die gleiche (!) Förderung erhalten wie andere Kitas.

Die Auseinandersetzung mit den inhaltlichen Ankündigungen des Ministeriums führt unmittelbar zu der Frage, mit welchen Ressourcen die Aufgaben in welcher Qualität in den Einrichtungen erbracht werden sollen.

Finanzierung:

Die Landesregierung favorisiert die sog. **Pro Kopf-Pauschale**.

Die Pauschale setzt sich zusammen aus einem Basiswert mit Zuschlägen für 2-jährige und unter 2-jährige Kinder, Kinder mit Sprachförderbedarf, Kinder in Tagespflege und für Kitas, die als „Familienzentrum“ arbeiten.

Weiterhin gibt es zwei verschiedene Varianten, nämlich ohne Berücksichtigung der Buchungszeiten und mit Berücksichtigung (Buchungszeit bis zu 25 Wochenstunden mit Faktor 0,7 bis zu Buchungszeit 50 Wochenstunden mit Faktor 1,4).

Damit wird das Risiko einer aus verschiedenen Gründen geringeren Belegung allein den Trägern auferlegt.

Zudem ist zu befürchten, dass die Höhe der Landespauschalen gerade bei der Tagesstättenbetreuung und Versorgung von Unter-3-jährigen erheblich unter den heutigen Fördersätzen liegt (teilweise wird eine Halbierung der bisher zur Verfügung stehenden Mittel erwartet).

Zudem ist mit einem steigenden Bürokratieaufwand zu rechnen.

Vor allem beinhaltet die Pro Kopf-Pauschale eine Aufhebung aller Standards (Verhältnis Fachkräfte / Kinder; Gruppengröße etc.). Diese werden dann vom Träger aufgrund der ihm zur Verfügung stehenden Pauschalen festgelegt.

Kein Zuschlag ist bisher vorgesehen für die gemeinsame Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung (Integration). Damit würden bisher für die Aufgabe aufgebrachte 11. Millionen EUR ersatzlos entfallen.

Die Kommunalen Spitzenverbände bevorzugen eine
“**Gruppenpauschale**“:

Damit soll es neue Regelungen zur Organisation, Gruppenstruktur und Gruppenzusammensetzung geben. Weiteres Ziel soll eine Entbürokratisierung sein.

Vorgesehen sind

- ✓ die Standardgruppe vom 2. Lebensjahr bis zum Schuleintritt mit 18 bis 22 Kindern
- ✓ die Kleinkindgruppe für Kinder vom 1. bis zum 3. Lebensjahr mit 8 bis 12 Kindern
- ✓ übergangsweise Bestandsschutz für die heutigen reinen Kindergartengruppen und Tagesstättengruppen mit jeweils drei unterschiedlichen Betreuungskontingenten (25, 35 und 45 Wochenstunden).

Kleinkindgruppen soll es jedoch nur in Einrichtungen geben, die auch über den Gruppentyp I und / oder III verfügen (keine reinen Kleinstkindertagesstätten).

Kinder unter 1 Jahr sollen in der Regel bei Tageseltern betreut werden.

Je nach Gruppenform und Betreuungszeit werden Personalkostenpauschalen zugrunde gelegt, die sich aus der Festlegung der Fachkraftstunden sowie Leitungsstunden ergeben. Es sollen ausschließlich Fachkräfte zum Einsatz kommen - bewährte und erfahrene Ergänzungskräfte können in Ausnahmefällen weiterbeschäftigt werden.

Für Leitungsstunden werden sieben Wochenstunden pro Gruppe vorgesehen.

Für Verfügungszeiten stehen 10 % der Arbeitszeit zur Verfügung.

Für Sachkosten sollen jeweils pro Gruppe einheitliche Zuschläge festgelegt werden. Weitere Zuschläge gibt es für Sprachförderung und Familienzentren sowie für die Betreuung von Kindern mit Behinderung.

Trägeranteil

Geplant ist ein einheitlicher Trägeranteil von 12 %.

Das entlastet die Kirchen, bevorzugt vor allem die gewerblichen Anbieter (Selbstständige, die bisher nicht gefördert wurden), belastet aber finanzschwache Träger (AWO / DRK) und vor allem arme Träger wie die Elterninitiativen.

Zwar hat Minister Laschet nach umfangreicher Öffentlichkeitsarbeit des Paritätischen und vieler einzelner Elterninitiativen zugesagt, eine Sonderregelung für Elterninitiativen zu schaffen, aber

**der 4 % Trägeranteil
wird kaum zu halten sein!**

Dies gilt auch weiterhin, obwohl Frau Marietheres Kastner, MdL (Münster) und Vorsitzende des Fachausschusses "Kinder, Jugendliche und Familien" der Landesregierung am 26.09.2006 in den Westfälischen Nachrichten erklärte, man wolle "versuchen, den Trägeranteil für Elterninitiativen, wenn möglich, nicht anzutasten"!

Das droht uns:

Die Gruppengrößen werden erhöht:

- ✓ Kindergartengruppe - bis zu 28 Kinder
- ✓ Tagesstättengruppe - bis zu 23 Kinder
- ✓ Kleinkindgruppe - bis zu 12 Kinder.

Ältere MitarbeiterInnen und solche mit Kindern werden unbezahlbar.

„Die Auswirkungen des TVöD führen mittel- bis langfristig zu Einsparungen, die zu weiteren (!) Qualitätsverbesserungen im System und zum Ausbau für U 3 genutzt werden können.“

Die Freistellung der Leitung in ein- und zweigruppigen Einrichtungen entfällt - und damit auch die Stellen zur Freistellung der Leitung.

Nach dem Modell „Gruppenpauschale“ entfallen auch die Ergänzungskräfte.

Die zusätzliche Berufspraktikantin entfällt.

Die Verfügungszeit wird auf 10 % der Arbeitszeit reduziert.

Höhere Elternbeiträge

- ✓ aufgrund des erhöhten Trägeranteils
- ✓ aufgrund des wegfallenden Defizitausgleichs durch das Land

Schulkinder kommen in keinem Entwurf vor. Was den Schluss zulässt, dass demnächst nicht nur Horte, sondern auch Große Altersgemischte Gruppen entfallen werden.

Rödl-Gutachten der Stadt Münster

Die Sparvorschläge der Fa. Rödl & Partner betreffen nicht die nach GTK geförderten Kindertagesstätten in Elterninitiative,

wohl aber die **Kleinkindgruppen**, die z. Zt. freiwillige Zuschüsse der Stadt Münster in Höhe von 20 % der Betriebskosten bzw. in Anlehnung an GTK bekommen.

Denn die Fa. Rödl & Partner geht davon aus, dass diese Gruppen demnächst eingespart werden können, da die bedarfsgerechte Versorgung der Unterdreijährigen durch Kindertagesstätten erfolgen wird.

Sie können auch Eltern helfen Eltern bedrohen, indem das Jugendamt die Beratung der Elterninitiativen wieder selber übernimmt.

Herr Keuner sagt:

„Schwierig ist,
diejenigen zu belehren,
auf die man zornig ist.

Es ist aber besonders nötig,
denn sie brauchen es
besonders.“

(Bertolt Brecht)